

„Vernunftrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Neue Analysen und offene Fragen

Andreas Wirsching

Die Geschichte der Weimarer Republik ist weitaus mehr als die Geschichte ihrer Krise, und es ist ein Gemeinplatz, dass sie sich nicht in der Vorgeschichte des Jahres 1933 erschöpft. Wenn früher ein eher binäres Grundverständnis vorherrschte, das in den Kategorien „pro“ und „contra“, republikfreundlich und -feindlich, demokratisch und antidemokratisch usf. argumentierte, so ist dieses Muster inzwischen wenn nicht überwunden, so doch stark erweitert worden. Vielfältige Forschungen haben die dynamische Offenheit und Polyvalenz der Weimarer Kultur, Politik und Gesellschaft betont¹ und die uneindeutige Reichhaltigkeit des intellektuellen Diskurses hervorgehoben.² Darüber hinaus ist kürzlich sogar ganz generell der Konstruktcharakter der Weimarer Krise in den Mittelpunkt gestellt worden. Krise und Krisenbewusstsein der Weimarer Republik erscheinen aus dieser Perspektive weniger als das Resultat „realer“ politischer und sozialökonomischer Faktoren denn als die Folge eines übergreifenden und sich verselbständigenden Diskurses über die Krise.³ Auch wenn über Möglichkeiten und Grenzen eines konstruktivistischen Ansatzes unterschiedliche Auffassungen bestehen mögen, so duldet es doch keinen Zweifel, dass die Weimar-Forschung durch entsprechende kulturge-

- 1 An neueren Forschungen seien exemplarisch genannt die Themenbände von WOLFGANG HARDTWIG (Hg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, DERS. (Hg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933, München 2007, sowie THOMAS MERGEL: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002; THOMAS RAITHEL: Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationsjahren der 1920er Jahre, München 2005; ALEXANDRA GERSTNER/BARBARA KÖNCZÖL/JANINA NENTWIG (Hg.): Der Neue Mensch. Utopien, Leitbilder und Reformkonzepte zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a. M. 2006.
- 2 Siehe u. a.: WOLFGANG BIALAS/GEORG G. IGGERS (Hg.): Intellektuelle in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u. a. 1996; MANFRED GANGL/GÉRARD RAULET (Hg.): Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, Darmstadt 1994; GILBERT MERLIO/GÉRARD RAULET (Hg.): Interdiskursivität als Krisenbewußtsein, Frankfurt a. M. u. a. 2005.
- 3 MORITZ FÖLLMER/RÜDIGER GRAF (Hg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt a. M./New York 2005, hier v. a. DIES./PER LEO: Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik, in: ebd., S. 9–41.

schichtliche Fragestellungen und Methoden enorm an Tiefenschärfe gewonnen hat. Wir wissen heute weitaus mehr als noch vor zwei Jahrzehnten über Mentalitäten, langfristige Deutungsmuster, erfahrungsgeschichtlich gesättigte Orientierungen und intellektuelle Herausforderungen während der Zwischenkriegszeit.

In diesen Trend einer Weimarer Krisengeschichte in der Erweiterung ordnet sich auch der vorliegende Band ein, wenn er das Konzept des „Vernunftrepublikanismus“ mit neuem Leben zu erfüllen versucht. Der von Friedrich Meinecke geprägte Begriff ist ja überwiegend ein Schlagwort geblieben.⁴ Konkret beschränkt er sich auf jene politischen Protagonisten im liberalen bürgerlichen Spektrum, die mangels realpolitischer Alternativen ihren Frieden mit der Republik machten und sich auch öffentlich für sie einsetzten. Friedrich Meinecke, Gustav Stresemann und Thomas Mann sind die bekanntesten Vertreter dieser Haltung. Über diese prominenten Beispiele hinaus, die *Horst Möller* in diesem Band näher vorstellt⁵, ist das Phänomen des Vernunftrepublikanismus jedoch noch nicht zum Gegenstand vertiefter Analyse gemacht worden. Vielmehr wurde es, je nach Standort, entweder von den Ex-post-Ansprüchen politischer Pädagogik überfrachtet oder in eher pejorativer Weise als

- 4 Der Locus classicus bei FRIEDRICH MEINECKE: Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik (Jan. 1919), in: DERS.: Politische Schriften und Reden, hg. v. Georg Kotowski, Darmstadt 41979, S. 280–298, hier S. 281: „Ich bleibe, der Vergangenheit zugewandt, Herzensmonarchist und werde, der Zukunft zugewandt, Vernunftrepublikaner.“ Vgl. zur typischen Behandlung in der Literatur zum Beispiel WALTER LAQUEUR: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt a. M. 1976, S. 235; PETER GAY: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918–1933, Frankfurt a. M. 1970, S. 44; HEINRICH A. WINKLER: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 21998, S. 303f.
- 5 Siehe den Beitrag von HORST MÖLLER in diesem Band, unten S. 257–274. Zu Meinecke vgl. u. a. HARM KLUETING: „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“. Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 242 (1986), S. 69–98, sowie jetzt: GISELA BOCK/DANIEL SCHÖNPFUG (Hg.): Friedrich Meinecke in seiner Zeit. Studien zu Leben und Werk, Stuttgart 2006, hier v. a. den Beitrag von NIKOLAI WEHRS: Demokratie durch Diktatur? Meinecke als Vernunftrepublikaner in der Weimarer Republik, S. 95–118. Zu Stresemann: JONATHAN WRIGHT: Gustav Stresemann (1878 – 1929). Weimars größter Staatsmann, München 2006 u. nach wie vor: HENRY A. TURNER: Stresemann. Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968. Vgl. zu Thomas Mann auch: JOHANN HINRICH CLAUSSEN: Der moderne Protestantismus als politische Theologie der Differenzierung. Das Beispiel der Vernunftrepublikaner Ernst Troeltsch und Thomas Mann, in: ARNULF VON SHELHA u. a. (Hg.): Das protestantische Prinzip. Historische und systematische Studien zum Protestantismusbegriff, Stuttgart 1998, S. 181–199. Zum Weimarer Kreis verfassungstreuer Hochschullehrer, in dem sich die Mehrzahl der bürgerlich-akademischen Demokraten und „Vernunftrepublikaner“ versammelte, siehe nach wie vor HERBERT DÖRING: Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim a. Gl. 1975.

letztlich sterile Unterstützung der Republik gewertet, die eben nicht „von Herzen“ kam.⁶

Der hier unternommene Versuch, das Konzept des Vernunftrepublikanismus auf seine analytische Tauglichkeit hin zu prüfen, knüpft an neuere Tendenzen an, die im Bereich der politischen Einstellungen das lange Zeit vorherrschende Verdikt vom „antidemokratischen Denken“⁷ in der Weimarer Republik wenn nicht relativieren, so doch ergänzen. Allerdings geht es dabei nicht nur darum, verschüttete Schichten „demokratischen Denkens“ in der Weimarer Republik zutage zu befördern.⁸ Ebensowenig möchte sich der folgende Band mit einem Begriff des Vernunftrepublikanismus begnügen, der sich im genannten Sinne auf die „klassischen“ bürgerlich-liberalen Intellektuellen und Politiker bezieht. Vielmehr entwickelt er eine darüber hinaus gehende leitende Problemstellung. Er fragt danach, inwieweit sich in *ganz unterschiedlichen* sozialen Milieus und politischen Kontexten eine Haltung findet, die sich pragmatisch auf die politische *Vernunft* berief und infolgedessen zu einer vernunftrepublikanischen Herangehensweise an die Zeitprobleme der ersten deutschen Demokratie in der Lage war. Damit wäre die Haltung *aller* jener Akteure gemeint, die ursprünglich einem anderen als dem parlamentarisch-demokratischen Modell anhängen – sei es dem Kaiserreich, einer linken Partei herrschaft oder einer utopischen Lösung. In diesem Sinne erweitert sich das hier zu behandelnde Spektrum gewissermaßen zu einem konzentrischen Kreis, der von allen Richtungen her betretbar war. Vieles spricht dafür, dass dieser Kreis einen Raum der Weimarer politischen Kultur bildete, in dem sich zwar weitaus mehr Personen aufhielten, als man gemeinhin vermutet, die sich aber gegenseitig nicht oder zu wenig *erkannten*. Sie erkannten sich nicht aus Gründen der politisch-ideologischen Fragmentierung und der sozialen Zerklüftung der Weimarer Gesellschaft und Kultur.⁹

Um ein solcherart erweitertes Feld des Vernunftrepublikanismus zu erkunden, werden im Folgenden einige Leitfragen formuliert und mögliche Antworten diskutiert. Eine völlig konsistente Begriffsbildung ist dabei freilich weder zu erwarten noch anzustreben. Auch die im vorliegenden Band versammelten Beiträge führen das Thema nicht in einer gleichförmigen Weise durch,

6 Vgl. etwa HAGEN SCHULZE: Weimar. Deutschland 1917–1933 (Die Deutschen und ihre Nation), Berlin 1982, S. 130 u. 209, sowie die Diskussion in KARL DIETRICH ERDMANN/HAGEN SCHULZE (Hg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980, S. 292–302.

7 KURT SONTHEIMER: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962; vgl. jetzt auch: RICCARDO BAVAJ: Von links gegen Weimar: Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005.

8 CHRISTOPH GUSY (Hg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000.

9 Vgl. DETLEF LEHNERT/KLAUS MEGERLE (Hg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1990.

und einige Autoren machen aus ihrer Skepsis gegenüber dem Begriff des Vernunftrepublikanismus keinen Hehl.¹⁰ Als Problemstellung aber spielen die im Folgenden diskutierten Leitfragen in allen hier abgedruckten Beiträgen eine zentrale Rolle.

I. Politische Vernunft und der Ansturm des Irrationalismus

Die bislang eher plakative Verwendung der Bezeichnung Vernunftrepublikaner wirft die Frage auf, inwieweit es möglich ist, den Begriff der *Vernunft* quellenmäßig zu füllen und welche Rolle er für das Selbstverständnis der Akteure spielte? Allerdings muss zuvor geklärt werden, welcher systematische Bezugsrahmen einem solchen Verfahren zugrunde liegt. Denn die Komplexität und Vieldeutigkeit, die Ambivalenzen und Paradoxien, welche die Weimarer Kultur im Allgemeinen charakterisierten, bilden sich auch in dem Verweis auf die „Vernunft“ ab. Es wäre in diesem Sinne verdienstvoll, eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zum Wortfeld politische „Vernunft“ in der Weimarer Republik durchzuführen. Auch wenn dies hier nicht geleistet werden kann, seien doch einige kursorische Bemerkungen zu diesem bislang wenig behandelten Thema gemacht.

In der Weimarer Republik koexistierten insbesondere die Verwerfungen einer ideologisch-utopischen Vernunft, wie sie in den totalitären Bewegungen hervortrat, mit den Versuchungen einer instrumentellen Vernunft, welche die sozialtechnologischen Tendenzen der Zeit beförderte.¹¹ Beide Formen der „Vernunft“ verbanden sich in je unterschiedlicher Weise mit antirepublikanischen Kräften und verstärkten den Ansturm des Irrationalismus, dem die Weimarer Republik schließlich erlag. Wer demgegenüber die Vernunft im republikanischen Sinne ins Spiel brachte, beharrte auf einem aufgeklärt-offenen System aus Erfahrung, Kritik und Diskurs. Dieses republikanische System der Vernunft musste nicht notwendigerweise identisch sein mit Demokratie. Denn die meisten der deutschen Intellektuellen machten sich vor 1918 insgesamt eher unpräzise Vorstellungen vom System- und Sinngehalt der De-

10 Siehe insbesondere den Beitrag von CHRISTOPH GUSY, unten S. 198f., der lieber von „Verlegenheitsrepublikanern“ sprechen möchte; dazu MARTINA STEBER: Tagungsbericht zum Theodor-Heuss-Kolloquium 2006: „Vernunftrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Wissenschaft, Politik und Literatur, 3.–5. Oktober 2006, Stuttgart, in: H-Soz-U-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1351>) und in: AHF-Information.2006, Nr. 152 (<http://ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2006/152-06.pdf>).

11 Stellvertretend: ULRICH HERBERT: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996; DETLEV J.K. PEUKERT: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, v. a. S. 138; JEFFREY HERF: Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1984.

mokratie. Zwar sehnten sie sich nach einer organischen Integration des „Volkes“ in den (Obrigkeits-)Staat, hegten zugleich aber gegenüber den „Ideen von 1789“, einem pluralistischen Gesellschaftsbild und dem entwickelten Parlamentarismus ein Misstrauen, das auch in der Weimarer Republik nur schwer zu überwinden war.¹²

In Kreisen der politischen Entscheidungsträger blieb aber zunächst unbestritten, dass die Republik auf vernünftige Prinzipien im genannten Sinne zu gründen war. Weit verbreitet war die klare Antithese zwischen „Vernunft“ einerseits, Unvernunft, Utopie, Verantwortungslosigkeit usw. andererseits. Vernunft und Republik, vernünftig und republikanisch wurden praktisch ineingesetzt und die Gefährdung der eigenen Position mit der Gefährdung der Vernunft identifiziert. Statt vieler Belege stehe stellvertretend der Aufruf der Reichsregierung gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan am 10. Oktober 1929, in dem die Antithese expliziert wird: „Kein vernünftig denkender Deutscher [...] kann ein solches Vorhaben fördern. [...] Das deutsche Volk hat jetzt zwischen Vernunft und Unsinn zu wählen.“¹³

„Vernunft“, „vernünftiges“ politisches Handeln standen also stellvertretend für die Republik als solche, gerieten aber nach dem Aufbruch des Winters 1918/19 mehr und mehr in die Defensive. Schon 1921 schrieb man in der DDP die rückläufigen Wahlergebnisse der Partei dem Umstand zu, „daß sie von Anfang an sich vorgenommen hat, nur das Vernünftige zu tun. Für uns handelt es sich nun darum, ob wir uns der Schlagwortepolitik anschließen oder die bisherige Politik der Vernunft weiter führen sollen.“¹⁴ Dementsprechend lässt sich die Erosion des „vernünftigen“ Standpunktes gegen Ende der Weimarer Republik auch in der politischen Semantik ablesen, so etwa, wenn Ernst Scholz, Stresemanns Nachfolger als Vorsitzender der DVP, kurz vor dem Ende der Großen Koalition im März 1930 konstatierte: „Die reine Vernunft hat noch nie Wahlschlachten gewonnen.“¹⁵ Im Kampf um Wählerstimmen, aber auch

12 MARCUS LLANQUE: *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000. Vgl. auch ANDREAS WIRSCHING: *Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik*, in: C. GUSY (Hg.): *Demokratisches Denken* (wie Anm. 8), S. 71–95, hier v. a. S. 84ff.

13 Entwurf eines Aufrufs gegen das Volksbegehren zum Young-Plan, 10. Oktober 1929, Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, 2. Halbband, hg. von Karl Dietrich Erdmann und Wolfgang Mommsen, bearb. v. Martin Vogt, Boppard am Rhein 1970, Nr. 317, S. 1034.

14 *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*, hg. v. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, bearb. v. Lothar Albertin u. Konstanze Wegner, Düsseldorf 1980, Nr. 83, S. 192 (Kauffmann, 11. 9. 1921).

15 *Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933*, 2. Halbband, hg. v. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, bearb. v. Eberhard Kolb u. Ludwig Richter, Düsseldorf 1999, Nr. 79, S. 939 (Ernst Scholz, 2. 3. 1930).

in der Phase, in der die Weimarer Demokratie ihre autoritäre Wendung nahm, lässt sich daher beobachten, wie das Wortfeld Vernunft gegenüber anderen Werten und Referenzbegriffen wie „Wille“, „Einheit“, „Sammlung“ etc. semantisch zurückgeht. Hat die „Vernunft“ ihre Hochzeit in den ersten Jahren der Republik sowie 1928/29, so verschwindet sie seit 1930 als Leitbegriff und ist in den letzten Jahren kaum mehr auffindbar, höchstens noch defensiv, etwa im Sinne der Forderung, alle Parteien, „die halbwegs Vernunft haben“, müssten „nach einem gemeinsamen Plan gegen die Nationalsozialisten“ vorgehen.¹⁶

Diese Beobachtung weist auf eine Periodisierungsfrage hin. Insbesondere bleibt unsicher, wie sinnvoll es ist, nach dem Ende der Großen Koalition noch von einem signifikanten Faktor Vernunftrepublikanismus zu sprechen. Im Hinblick auf den Reichsverband der Deutschen Industrie konstatiert z. B. *Wolfgang Pyta* im vorliegenden Band zumindest für die Anfangsphase der Regierung Brüning ein „erstaunliches Maß an Vernunftrepublikanismus“.¹⁷ Spätestens mit den Septemberwahlen jedoch wird der Begriff vollends fragwürdig. Schien Thomas Mann nicht recht zu haben, wenn er in seiner berühmten „Deutschen Ansprache“ vom 17. Oktober 1930 an die Vernunft zwar appellierte, zugleich aber diagnostizierte: „Fanatismus wird Heilsprinzip, Begeisterung epileptische Ekstase, Politik wird zum Massenopiat des Dritten Reiches oder einer proletarischen Eschatologie und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz“?¹⁸

Der hier gemeinte Begriff von politischer Vernunft bleibt bestimmt von einem offenen System des Diskurses und der Kritik. Mit Habermas lässt sich festhalten: Nur wenn ein Minimum an intersubjektiver Kommunikation gewährleistet bleibt, sind vernünftige Lösungen möglich. Dies ist ein irreduzibel *aufgeklärtes* Verständnis von Vernunft, und tatsächlich besitzt ja die moderne Demokratie in Aufklärung und Liberalismus starke Wurzeln, auch wenn sie historisch nicht in ihnen aufgeht. Ohne ein Mindestmaß an politischer Vernunft jedenfalls – dies lehrt das Schicksal der Weimarer Republik – muss die Demokratie an sich selbst zugrunde gehen. Fast fühlt man sich an Johann Gottfried Seumes bekannten Aphorismus erinnert: „Die Vernunft ist immer republikanisch; aber die Menschen scheinen, wenn man die Synopse ihrer Geschichte nimmt, doch durchaus zum Despotismus geboren zu sein.“¹⁹

16 Linkliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 14), Nr. 176b, S. 633 (Ehlermann, 15. 3. 1931). Einen Rückgang des Vernunftdiskurses seit 1930 konstatiert auch Thomas Hertfelder in seinem Beitrag, unten S. 47.

17 Siehe den Beitrag von WOLFRAM PYTA, unten S. 104.

18 THOMAS MANN: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Frankfurt a. M. 1974, Bd. XI, S. 880.

19 JOHANN GOTTFRIED SEUME: Apokryphen (1806/07), in: DERS.: Werke, Bd. 2: Apokryphen, Kleine Schriften, Gedichte, Übersetzungen, hg. v. Jörg Drews unter Mitarbeit von Sabine Kyora, Frankfurt a. M. 1993, S. 11.

Vernunftrepublikanismus in diesem Sinne meint also mehr als eine unspezifisch pragmatische Haltung bürgerlich-liberaler Intellektueller und Politiker. Der Begriff repräsentiert vielmehr ein politisches Prinzip, das – wie *Thomas Meyer* in seinem Beitrag am Beispiel Ernst Cassirers zeigt – besonders prononciert von (Neu-)Kantianern vertreten wurde²⁰ und das erhebliche Parallelen zum intellektuellen Republikanismus der französischen Dritten Republik aufweist.²¹ Seine Basis war eine kritisch-rationale, zivilgesellschaftlich basierte Vernunftethik, die weniger auf die Verwirklichung eines konkreten politisch-gesellschaftlichen Modells zielte als auf die Bildung freier, vernunftbegabter und damit kritischer und diskursfähiger Menschen. Ein solches Prinzip vertrat nachdrücklich die lange Zeit noch einflussreiche Naumannsche Zeitschrift „Die Hilfe“, die *Thomas Hertfelder* untersucht.²² Und es lag auch explizit an der Wurzel der 1925 von Willy Haas begründeten „Literarischen Welt“, die zu einem der bedeutsamsten literarischen Periodika der Weimarer Republik avancierte und in diesem Band von *Sascha Kiefer* einer eingehenden Analyse unterzogen wird.²³

In den Wissenschaften muss zwar nach Disziplinen differenziert werden, wenn man die Frage nach der theoretischen und praktischen Wirksamkeit der entsprechenden Prinzipien stellt. Die meisten als Vernunftrepublikaner einzuschätzenden Staatsrechtler tendierten methodisch, wie *Christoph Gusy* zeigt, zum Positivismus, der in seiner politischen Wirkung freilich nicht festzulegen war.²⁴ Wenn sich Wissenschaftler innerhalb des normativen Systems von Vernunft, Kritik und Diskurs bewegten, ermöglichte dies auch im politischen Raum eine (vernunft-)republikanische Praxis. *Margit Szöllösi-Janze* analysiert diesen Zusammenhang beispielhaft im Hinblick auf die Physiker Albert Einstein, Fritz Haber und Max Planck, *Matthias Wolfes* im Hinblick auf Vertreter der evangelischen Theologie.

Darüber hinaus freilich war das Prinzip der republikanischen Vernunft in Weimar ganz generell gleichsam zum „System“ geworden. Personen wie der langjährige preußische Kultusminister Carl Becker zum Beispiel, dessen kompromisslos vernunftrepublikanische Bindung *Beatrice Bonniot* untersucht, repräsentierten dieses systemgewordene Vernunftprinzip weithin sichtbar.²⁵ Im selben Maße freilich wurde das Vernunftprinzip mit aller zur Verfügung stehenden Kraft angefeindet. Stellvertretend möge hierfür Moeller van den Brucks 1923 verfasstes Buch „Das Dritte Reich“ stehen. Diese Schrift, die zu den

20 Siehe den Beitrag von THOMAS MEYER, unten S. 109–128. Zu den neu-kantianischen Einflüssen auch der Beitrag von THOMAS HERTFELDER, unten S. 44ff.

21 FRANÇOIS BEILECKE: Französische Intellektuelle und die Dritte Republik. Das Beispiel einer Intellektuellenassoziation 1892–1939, Frankfurt a. M. 2003, hier v. a. S. 346ff.

22 Siehe den Beitrag von THOMAS HERTFELDER, unten S. 29–55.

23 Siehe den Beitrag von SASCHA KIEFER, unten S. 275–298.

24 Siehe den Beitrag von CHRISTOPH GUSY, unten S. 211.

25 Siehe den Beitrag von BEATRICE BONNIOT, unten S. 299–309.

Grundtexten der republikfeindlichen Konservativen Revolution gehört, stellt ein einziges hasserfülltes Plädoyer *gegen* das Regime der Vernunft dar, so wie es die „Linke“ mit der Weimarer Republik aufgerichtet habe.²⁶ Die „Vernunft“ ist für Moeller van den Bruck eine bloß negative Chiffre. Ihr stellt er – im Anschluss an Schopenhauer – einen romantisch aufgeladenen Begriff von „Verstand“ entgegen, der sich in der Republik freilich noch nicht habe durchsetzen können. Damit ist Moeller van den Bruck typisch für eine zentrale Figur rechtsextremen Denkens, die nämlich sehr unterschiedliche politisch-intellektuelle Traditionen unter dem negativen Sammelbegriff der Vernunft zu *einem* Feindbild subsumiert: Westliche Aufklärung, Liberalismus und Parlamentarismus, Marxismus und Sozialismus, schließlich auch der Kommunismus seien verschiedene Ausprägungen ein und derselben Entwicklung. Somit blieb für ihn die deutsche Republik eine Frucht der „faulen Vernunft, ganz jener faulen Mitte, die bei ihren Ratschlüssen einen ‚gesunden Menschenverstand‘ auszuspielen pflegt, der eine ‚mittlere‘ Linie einzuhalten sucht und in politischen Dingen längst zu einer opportunistischen Doktrinärvernunft geführt hat.“²⁷

II. Vernunftrepublikanismus von links?

Mit der Entfaltung eines solchen, hier wütend attackierten republikanischen Systems der Vernunft hängt eine weitere Leitfrage zusammen, die sich dezidiert auf das linke Spektrum der Weimarer Republik richtet. Zwar konnte es im sozialdemokratischen und linkssozialistischen Spektrum nicht um die vernunftbegründete Option für die republikanische Staatsform – im Gegensatz zur Monarchie – gehen; aber im Sinne eines dezidierten und reflektierten Verzichts auf utopische Lösungen lässt sich durchaus auch von einem „linken“ Vernunftrepublikanismus sprechen.

Entscheidend wurde in diesem Zusammenhang die Erfahrung der Russischen Revolution.²⁸ Ihre Rezeption, die anfangs für nicht wenige mit einem hohen Maß an Faszination einherging, setzte bei vielen Sozialdemokraten zugleich einen fundamentalen Lernprozess in Gang, an dessen Ende nicht weniger als eine vernunftrepublikanische Identität stand.²⁹ So stellte Heinrich

26 ARTHUR MOELLER VAN DEN BRUCK: *Das Dritte Reich*, hg. v. Hans Schwarz, Hamburg 31931. Vgl. FRITZ STERN: *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, München 1986 (zuerst engl. 1961), S. 308f.

27 A. MOELLER VAN DEN BRUCK, *Das Dritte Reich* (wie Anm. 26), S. 268.

28 Vgl. hierzu ANDREAS WIRSCHING: *Antibolschewismus als Lernprozeß. Die Auseinandersetzung mit Sowjetrußland in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg*, in: MARTIN AUST/DANIEL SCHÖNPFUG (Hg.): *Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfer im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 2007, S. 137–156.

29 Zum Kontext vgl.: JÜRGEN ZARUSKY: *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933*, München 1991.

Cunow, Kautskys Nachfolger als Herausgeber der „Neuen Zeit“, im Herbst 1920 befriedigt fest,

„dass die geistigen Führer unserer Partei immer mehr dahin gelangen, die Einzelfragen unseres politischen Lebens im Rahmen des sozialen Gesamtentwicklungsverlaufs zu betrachten. Zeigt sich auch hin und wieder eine gewisse Neigung zu Illusionen und zur Utopisterei, so spricht doch aus den meisten Artikeln der Geist ernster realpolitischer und kritischer Erwägungen. Der Umlernungsprozeß in unserer Partei, das Herausstreben aus der altüberlieferten Phraseologie und Dogmatik macht doch Fortschritte.“³⁰

Gegenüber dem Irrweg der Bolschewiki, so konstatierte zur gleichen Zeit der unabhängige Sozialdemokrat Wilhelm Dittmann, „konnte es kein anderes Heilmittel geben als die nackte Wahrheit; nur die rückhaltlose Aufklärung über die russische Wirklichkeit konnte die Massen von ihrem Irrtum bekehren und sie allmählich wieder zur Vernunft und Besinnung bringen.“³¹

Als weitere sozialdemokratische Beispiele eines solchen vernunftrepublikanischen Itinerars lässt sich Rudolf Hilferding, aber vielleicht auch Paul Levi in Anspruch nehmen. Im vorliegenden Band untersuchen *Rüdiger Graf*, *Mario Keßler* und *Jürgen Eder* die entsprechende Problemstellung am Beispiel Heinrich Ströbels, Arthur Rosenbergs und Alfred Döblins. Sie alle verzichteten zunächst für sich persönlich, dann auch in ihrem öffentlichen Wirken und in ihren Schriften auf den konkreten Anspruch, die sozialistische Utopie unmittelbar politisch zu befördern. Grundlage dieses Verzichts war einmal mehr die Etablierung eines Systems von Vernunft und Kritik, in dem es möglich wurde, Erfahrungswissen zu rezipieren und bestehende Urteile zu modifizieren. Im Kern glich dieses System der zum gleichen Zeitpunkt eingeübten Praxis bürgerlicher Vernunftrepublikaner. Nicht zufällig appellierte Scheidemann am 7. Oktober 1919 in der Nationalversammlung an die monarchistische Rechte, heute müsse „unter den veränderten Verhältnissen jeder Deutsche zum mindesten Vernunftrepublikaner sein“.³²

Festzuhalten bleibt also, dass sich das republikanische Vernunftprinzip zumindest zu Beginn der Weimarer Demokratie milieuübergreifend etablierte. Doch obwohl eine in der Form ähnliche politische Denkstruktur bestand, ließen sich die fortbestehenden Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Kräften auf die Dauer nicht unter einem vernunftrepublikanischen Dach versöhnen. Die von Otto Braun beschworene „Koalition aller Vernünftigen“ blieb über die meiste Zeit hinweg ein Wunschprojekt; und wenn sie erreicht zu sein schien, blieb sie höchst fragil. Wie rasch und wie tief sich

30 HEINRICH CUNOW: »Zur Programmrevision«, in: Die Neue Zeit, 39. Jg., Bd. 1., Nr. 1, 1. 10. 1920, S. 1–7, hier S. 4.

31 WILHELM DITTMANN: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Bd. II, Frankfurt/New York 1995, S. 752.

32 Verhandlungen des Reichstages, Sten. Prot. Bd. 330, 82. Sitzung (7. 10. 1919), S. 2887 (A).

etwa auf der sozialdemokratischen Linken der Gegensatz zu den bürgerlichen Vertretern eines Vernunftrepublikanismus auftrat, unterstreicht die Perspektive des jungen Kurt Schumacher. Von seinem publizistischen Standort in Württemberg aus schoss er schon 1924 scharfe Pfeile etwa gegen die DDP: „Wo sind die Traditionen von 1848 bei einer Partei, die ihre kapitalistische Abhängigkeit durch sozialpolitische Mätzchen und ihren Vernunftrepublikanismus durch die Fahne des Kaiserreiches drapieren möchte?“³³ Der im Kern pejorative Klang, den der Begriff des Vernunftrepublikanismus nach 1945 teilweise auf sich zog, deutete sich hier bereits an. Umgekehrt empfanden auch die Vertreter eines dezidiert republikanischen Bürgertums nichts anderes als eine tiefe, faktisch freilich völlig unverdiente Verachtung gegenüber den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern. Wie *Jürgen Eder* am Beispiel Döblins zeigt, galt dies nicht selten auch für jene, die selbst mit der SPD sympathisierten.³⁴

III. Eine vernunftrepublikanische Generation?

Wichtig für die historische Trennschärfe des Begriffs des Vernunftrepublikanismus scheint die Frage nach den Generationen zu sein, bei denen er anzutreffen ist. Inwieweit kann von einer generationenspezifischen Haltung gesprochen werden, die bei den Akteuren bestimmte Erfahrungshorizonte oder auch ein bestimmtes Lebensalter voraussetzte?

Ohne dass hier in eine allgemeine methodische Diskussion des suggestiven, viel diskutierten, zugleich aber auch umstrittenen Konzepts der Generationen eingetreten werden soll,³⁵ muss doch der Faktor Generation in die Analyse einbezogen werden. So weist alles darauf hin, dass es einer bestimmten Generation – den zwischen ca. 1860 und 1885 Geborenen – leichter fiel, sich auf die Republik einzulassen und sie mit dem skizzierten Vernunftkonzept zu verknüpfen. Wenn sie bürgerlicher Herkunft waren, so wurzelten sie bildungs- und mentalitätsmäßig noch im Zeitalter des klassischen Liberalismus, zu dessen Bestimmungsmerkmalen der genannte Vernunftbegriff ohne Zwei-

33 KURT SCHUMACHER: Nachklänge zum Parteitag, in: Esslinger Volkszeitung, 137, 25. 6. 1924 (unter: www.fes.de/fulltext/historiker/00781a09.htm (letzter Abruf am 27. 7. 2007)). Vgl. auch DERS.: Arbeiter und Verfassung, in: Schwäbische Tagwacht, 184/185, 8./9. 8. 1929 (unter www.fes.de/fulltext/historiker/00781a16.htm (letzter Abruf am 27. 7. 2007)).

34 Siehe den Beitrag von JÜRGEN EDER, unten S. 161.

35 Vgl. insbesondere: ANDREAS SCHULZ/GUNDULA GREBNER (Hg.): Generationswechsel und historischer Wandel (Beihefte der HZ 36), München 2003, hier v. a. der Einleitungsaufsatz der Herausgeber über: Generation und Geschichte. Zur Renaissance eines umstrittenen Forschungskonzepts, in: ebd., S. 1–23; JÜRGEN REULECKE (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003; ULRIKE JUREIT/MICHAEL WILDT (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005.

fel gehörte. Wenn die Angehörigen der genannten Generation dagegen aus dem Arbeitermilieu stammten, so waren sie geprägt von der Erfolgszeit der SPD unter dem Wilhelminismus. Dies disponierte sie zu einer „revisionistischen“, auf pragmatische „Vernunft“ gegründeten Haltung. Hinzu kam ein in dieser Generation besonders stark verwurzelter Fortschrittsoptimismus, der sich mit der Politik evolutionärer Verbesserung durchaus arrangieren konnte. „Wir Alten“, so stellte Friedrich Ebert 1922 fest, „die aus der Zeit der Sozialistengesetze den steilen Weg bis 1918 gegangen sind, werden nicht ungeduldig, wenn es nicht so schnell vorwärts geht, wie wir hofften.“³⁶ Und ganz Ähnliches gilt für die älteren Vertreter des katholischen Vernunftrepublikanismus, die aus der Erfahrung und Überwindung des Kulturkampfes zu einer pragmatischen Grundhaltung gelangten.

Entscheidend für eine generationenspezifische Ausprägung des vernunftrepublikanischen Konzepts dürfte eine lebensgeschichtlich-psychologische Dimension gewesen sein. Zum einen waren die Angehörigen dieser Generation bereits vor Weltkrieg und Republikgründung arriviert. Das gilt paradigmatisch für die drei wohl bekanntesten bürgerlichen Vernunftrepublikaner: Friedrich Meinecke (geb. 1862), Thomas Mann (geb. 1872) und Gustav Stresemann (geb. 1878), aber es gilt auch für die vielen weniger bekannten. Ein Großteil der bürgerlichen Vernunftrepublikaner, die als Wissenschaftler tätig waren, sich teilweise politisch engagierten und im vorliegenden Band behandelt werden, hatten bereits vor 1914 den Zenit ihrer Laufbahn erreicht, so etwa Carl Becker (geb. 1876), die Physiker Fritz Haber (geb. 1868) und Max Planck (geb. 1858), die Staatsrechtler Wilhelm Kahl (geb. 1849), Gerhard Anschütz (geb. 1867) und Alexander Graf zu Dohna (geb. 1876) sowie die Theologen Adolf Harnack (geb. 1851), Martin Rade (geb. 1857) und Hermann Mulert (geb. 1879). Analoges gilt für die meisten sozialdemokratischen Vernunftrepublikaner von links. Sie gehörten eben jener „Generation Ebert an“, die bis 1918 bereits eine mehr oder minder steile Parteikarriere gemacht hatten. Beispiele sind Rudolf Hilferding (geb. 1877) und Heinrich Ströbel (geb. 1869). Auch Alfred Döblin (geb. 1878), der in diesem Band als Vernunftrepublikaner von links porträtiert wird, entstammte derselben Alterskohorte.

Zum anderen hatten die Angehörigen dieser Generation den Weltkrieg nicht selbst mitgemacht. Lebensgeschichtlich wurden sie vom Krieg längst nicht in dem Umfang geprägt und beeinflusst, wie dies für die Frontkämpfergeneration selbst, aber auch für die so genannte Kriegsjugendgeneration galt, die den Krieg als Kinder und Jugendliche in der „vaterlosen Gesellschaft“ der Heimatfront erlebte. Aus allen diesen Faktoren erklärt sich, dass die Vertreter der vernunftrepublikanischen Kohorte ihr Lebensbild bereits längst vor 1914/18 geformt hatten³⁷ und daher orientierungssicherer mit den Erschütte-

36 Zit.n. BERND BRAUN: Die „Generation Ebert“, in: KLAUS SCHÖNHOFEN/BERND BRAUN (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 69–86, hier S. 77.

37 Vgl. hierzu am Beispiel Friedrich Meineckes STEFAN MEINEKE: Friedrich Meinecke.

rungen durch Krieg und Revolution umzugehen vermochten. Sie waren geistig und materiell unabhängiger und waren mithin biographisch am ehesten in der Lage, das Prinzip der Vernunft zur Geltung kommen zu lassen.

Zwar darf man das Element der Generation nicht überbewerten; und schon gar nicht ist der Umkehrschluss erlaubt, wonach etwa die Mehrzahl dieser Alterskohorte republikanisch gesinnt gewesen sei. Aber wenn man einen Typus des Vernunftrepublikaners konstruieren will, dann wird man auf eine überproportionale Bedeutung dieser Generation stoßen und dies entsprechend zu konzeptionalisieren haben.

IV. Das Kaiserreich aus der Sicht der Vernunftrepublikaner

Hierzu gehört die Frage nach der Haltung zum Kaiserreich als dem entscheidenden zeithistorischen, konstitutionellen und politisch-kulturellen Referenzpunkt der Zeitgenossen. Vor allem für die bürgerlichen Vertreter der genannten vernunftrepublikanischen Alterskohorte verband sich hiermit eine geradezu existentielle Problematik. Und zwischen der Diagnose und der Kritik des Kaiserreiches und einer vernunftrepublikanischen Stellungnahme bestand meist ein enger Zusammenhang. Tatsächlich ist von Politikern, Wissenschaftlern und Intellektuellen, die man als vernunftrepublikanisch bezeichnen will, zu erwarten, dass sie sich mit der jüngsten deutschen Zeitgeschichte zumindest teilweise kritisch auseinandersetzten; dass sie in Bismarck und der wilhelminischen Zeit eben nicht den ausschließlichen Höhepunkt deutscher politischer Entwicklung sahen; dass sie der Revolution 1918/19 zumindest nicht nur Negatives abgewannen; dass sie der „Ideologie des deutschen Weges“³⁸ *nicht* anheim fielen.

Die Mehrzahl der deutschen Historiker hing während der Weimarer Zeit einer Deutung des Kaiserreiches an, die man, zugespitzt formuliert, auch als ihre Lebenslüge bezeichnen könnte: Sie bestand in der Rehabilitation der Bismarckschen Reichsgründung auf Kosten Wilhelms II. Denn durch die z. T. fulminante Kritik an dem letzten Deutschen Kaiser und durch die personalistische Gegenüberstellung des schwächlichen „Epigonen“ mit der Lichtgestalt Bismarcks ließ sich die Dignität des Kaiserreiches trotz Niederlage, Zusammenbruch und Revolution bewahren. Der Weg zur demokratischen Akzeptanz der Weimarer Republik aber blieb auf diese Weise blockiert. Umgekehrt implizierte eine Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich, die zur Akzeptanz der Weimarer Demokratie führte, eine zumindest ansatzweise kritische Reflexion der Reichsgründung und ihres Schöpfers Bismarck selbst. Prominente und

Persönlichkeit und politisches Denken bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Berlin/New York 1995, v. a. S. 308; ferner B. BRAUN, „Generation Ebert“ (wie Anm. 36), S. 74f (Zitat Ollenhauers aus dem Jahre 1931).

38 BERND FAULENBACH: Die Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

besonders prononcierte Beispiele hierfür sind selbstverständlich Friedrich Meinecke und vor allem Walter Goetz.³⁹ Das vielleicht wichtigste Sprachrohr dieser Haltung, die stets auch eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit für die Republik von Weimar ins Feld führte, bildete die „Hilfe“.⁴⁰

Wie man eine entsprechende Haltung einnehmen konnte, ohne sich allzu sehr auf die pluralistische Demokratie einzulassen, zeigt das Beispiel des Nationalliberalen, Neo-Rankeans und Vernunftrepublikaners Hermann Oncken. Auch er skizzierte den Reichsgründer Bismarck teilweise in Farben, die vor dem trüben Hintergrund Wilhelms II. und des Ersten Weltkrieges umso heller leuchteten.⁴¹ Aber anders als viele seiner Kollegen begnügte sich Oncken nicht mit einer schlichten personalistischen Gegenüberstellung von Bismarck und Wilhelm II. Wenn er etwa 1919 die „Frage der Verantwortung“ aufwarf, so handelte es sich für ihn dabei „weniger um die persönliche Frage der Verantwortung, als um ihren sachlichen und institutionellen Kern“.⁴² Dass Wilhelm II. für die Geschichte des Kaiserreiches „so schicksalhaft bedeutsam geworden“ sei, hing für Oncken denn auch „mit dem Wesen dieser Schöpfung zusammen.“⁴³

Diese zumindest andeutungsweise kritisch-distanzierte Haltung zur Geschichte des Bismarckreichs erlaubte es Oncken, auch der Weimarer Republik eine eigenständige historische Legitimation zu konzederen; und indem er hier von ausgehend an der Kontinuität der deutschen Geschichte festhielt, qualifizierte er sich als gefragter Festredner *sowohl* für die republikanischen Zwecke Weimars *als auch* für die Kommemorierung der glorreichen Vergangenheit.⁴⁴ Oncken forderte, die Deutschen müssten sich „zu dem Entschluss emporrigen“, sowohl „Bismarck“ wie auch „Weimar“ gleichermaßen als Entwicklungsstufen des deutschen Nationalstaates zu „begreifen und objektiv zu würdigen“.⁴⁵

39 Vgl. hierzu A. WIRSCHING: Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik (wie Anm. 12); zu Goetz auch WOLF VOLKER WEIGAND: Walter Wilhelm Goetz 1867–1958. Eine biographische Skizze über den Historiker, Politiker und Publizisten, Boppard a.Rh. 1992.

40 Siehe den Beitrag von THOMAS HERTFELDER, unten S. 30f.

41 Vgl. zur Entwicklung des Bismarck-Bildes bei Oncken unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs CHRISTOPH CORNELISSEN: Politische Historiker und deutsche Kultur. Die Schriften und Reden von Georg v. Below, Hermann Oncken und Gerhard Ritter im Ersten Weltkrieg, in: WOLFGANG J. MOMMSEN (Hg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996, S. 119–142, hier S. 134f.

42 HERMANN ONCKEN: Die inneren Ursachen der Revolution, in: Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung 6 (1919), S. 228–261, hier S. 231.

43 HERMANN ONCKEN: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, 2 Bde., Leipzig 1933, S. 355.

44 HERMANN ONCKEN: Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft. Rede bei der Reichsgründungsfeier der Universität München am 18. Januar 1926, in: DERS.: Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935, Berlin 1935, S. 71–90, hier S. 83.

45 HERMANN ONCKEN: Bismarck und Weimar, in: BERNHARD HARMS (Hg.): Recht und Staat im Neuen Deutschland, Bd. I, Berlin 1929, S. 49–67, hier S. 49.

Oncken war insofern ein gleichsam typischer bürgerlich-protestantischer Vernunftrepublikaner; er wollte der Republik ihre Anerkennung vor der Geschichte nicht versagen, auch wenn er ihr gegenüber politisch distanziert blieb.⁴⁶

Gegenüber dem bürgerlich-liberalen Spektrum hatten es andere Akteure zweifellos leichter, das Vergangene und vor allem die Bismarck-Zeit im Lichte der Gegenwart kritisch zu reflektieren. Sozialdemokraten, Angehörige des politischen Katholizismus oder auch Repräsentanten der Wirtschaft besaßen Referenzgrößen, die über die Nation und ihr historisches Schicksal hinauswiesen.⁴⁷ Ob sie nun weltanschaulich vom Marxismus oder von der katholischen Soziallehre herkamen oder ob sie eher ökonomisch-utilitaristisch dachten – die Weimarer Demokratie in diesen Bezugsrahmen einzuordnen und ihn zum legitimen Ausgangspunkt des eigenen Handelns zu machen, konnte als durchaus *vernünftig* erscheinen und auch dem Eigeninteresse förderlich sein.

V. Vernunftrepublikanismus als politischer Funktionalismus?

Dies führt abschließend zu der vielleicht wichtigsten Frage: Mit welchen politischen Inhalten und Absichten verband sich nämlich eine vernunftrepublikanische Haltung in der Weimarer Republik? Nicht zu bestreiten ist, dass keinem Vernunftrepublikaner, gleich ob bürgerlich-liberaler, katholischer oder sozialistischer Provenienz, ein klares Konzept von einer sozialen und parlamentarischen Demokratie zur Verfügung stand. Mehr noch: Eine kaum übersteigbare Grenze des Vernunftrepublikanismus lag im Demokratieverständnis vieler seiner Vertreter. Vor allem im Bildungsbürgertum und in der katholischen Soziallehre war die Auffassung weit verbreitet, das „Volk“ als Träger demokratischer Souveränität sei eine organische Einheit. In dieser höheren Einheit sollte die irreversible soziale Differenzierung als das Spezifikum der Moderne aufgehoben werden. Im Kern implizierte das eine antipluralistische Haltung, die der kardinalen Frage auswich, wie denn der empirisch-differenzierte Volkswille in einen demokratisch legitimierten Organwillen zu überführen sei.

Dominant blieb demgegenüber eine ganz überwiegend funktionale Einstellung zur Republik. Die meisten der in diesem Band diskutierten Vernunftrepublikaner, wie z. B. auch die Gerichtsreporterin Gabriele Tergit, deren Ideenwelt *Sylke Kirschnick* beleuchtet,⁴⁸ betrachteten die Weimarer Demokratie als die zum gegebenen Zeitpunkt bestmögliche Form politischer Verfas-

46 Ähnliches lässt sich von einer ganzen Reihe der in diesem Band skizzierten Repräsentanten sagen. Siehe z. B. den Beitrag von MARGIT SZÖLLÖSI-JANZE, unten S. 242f. (über Fritz Haber), von CHRISTOPH GUSY, unten S. 205f. (über Wilhelm Kahl), den Beitrag von SYLKE KIRSCHNICK, unten S. 315f. (über Gabriele Tergit) und von BEATRICE BONNIOT, unten S. 300ff. (über Carl Becker).

47 Siehe die Beiträge von RÜDIGER GRAF, ELKE SEEFRIED und WOLFRAM PYTA.

48 Siehe den Beitrag von SYLKE KIRSCHNICK.

sung, nicht aber als den eigentlichen Inhalt der Politik. Weimar erschien als zumindest vorübergehend akzeptabler Modus *faute de mieux*, nicht aber als Ziel staatlich-politischer Entwicklung. Am eindeutigsten formulierte dies ein vernunftrepublikanischer Staatsrechtler wie Wilhelm Kahl: Aus der Weimarer Reichsverfassung sei das „Beste“ herauszuholen, allerdings könne sie nicht das Ziel, bestenfalls ein Weg zum Ziel sein: „Das schlechthin notwendige ist der Staat als solcher, nicht die Staatsform“.⁴⁹

Paradigmatisch wird ein solcher funktionaler Grundzug des bürgerlichen Vernunftrepublikanismus bei den Autoren der „Hilfe“ deutlich. Wie *Thomas Hertfelder* in diesem Band ausführt, hatte Friedrich Naumann bereits die monarchische Staatsform mit einer funktionalen Begründung versehen. Erst wenn die Monarchie die an sie gerichteten Leistungserwartungen nicht mehr erfülle, schlage die Stunde der Republik: „Denn Republikanismus ist in Ländern mit monarchischer Gewöhnung die Verzweiflung an der Leistungskraft der Monarchie.“⁵⁰ Dieser Analyse entsprach es, wenn der Kreis um die „Hilfe“ – nach Eintritt der Naumannschen Prognose – die Weimarer Republik primär unter dem Leistungsaspekt betrachtete. Sie war, wie Friedrich Meinecke in Anspielung an Adolphe Thiers’ bekanntes, auf die Dritte Republik gemünztes Wort formulierte, die Staatsform, „die uns am wenigsten trennt“; und deshalb sicherte sie für die durch den Weltkrieg traumatisierten Deutschen am nachhaltigsten die Einheit. Darüber hinaus gewährleistete die Republik vergleichsweise am besten die Rekrutierung der Eliten, des politischen „Führertums“; und schließlich war es die strukturelle Reformfähigkeit der Republik selbst, die ihre vernunftbegründete Akzeptanz nahe legte.⁵¹ Ein substantiell republikanisches Programm und eine entsprechende demokratische Praxis ergaben sich aus diesen Prioritäten freilich noch nicht.

Es ist vielleicht bislang zu wenig gesehen worden, wie stark die Weimarer (links-)liberalen Vernunftrepublikaner mit diesem Funktionalismus den Vertretern des politischen Katholizismus ähnelten. Dies mag auf den ersten Blick insofern überraschen, als ja der aufgeklärte Begriff der Vernunft und der ihn begründende westlich-moderne Rationalismus im katholischen Lager suspekt waren. Aber wie *Elke Seefried* in ihrem Beitrag deutlich macht, entstammten vernunftrepublikanische Haltungen in der Zentrumsparterie maßgeblich einer katholischen Staatsauffassung, welche aus einem naturrechtlich gewendeten Verständnis von Vernunft und einem positiven Staatsbegriff ein pragmatisches Verhältnis zur Staatsform ableitete. Dies erlaubte es der Zentrumsparterie, im neuen Staat mitzuarbeiten und die parlamentarische Regierungsweise mit Leben

49 So Wilhelm Kahl 1926 in seinem Einführungsreferat zur Tagung des Weimarer Kreises, zit. im Beitrag von CHRISTOPH GUSY, unten S. 205.

50 FRIEDRICH NAUMANN: *Demokratie und Kaisertum* (1900), in: DERS.: *Werke*, Bd. II: *Schriften zur Verfassungspolitik*, hg. v. Theodor Schieder, Köln u. a. 1966, S. 267.

51 Siehe den Beitrag von THOMAS HERTFELDER, unten S. 39ff.

zu erfüllen, die freilich stets mehr „Methode als Grundsatz“ darstellte.⁵² Wenn es das katholische Anliegen in erster Linie war, Gemeinschaft zu schaffen und eigene kulturpolitische Prioritäten zu verfolgen, so erfüllte die Weimarer Republik diesen Zweck zumindest vorübergehend am besten. *Seefrieds* Beitrag untermauert somit die Auffassung, dass auch das Zentrum primär ein aus Vernunft gespeistes, funktionales Verhältnis zur Republik pflegte. Ein solcher katholischer Vernunftrepublikanismus wies nicht wenige Parallelen zur bürgerlich-liberalen Haltung auf. Er betrachtete die Republik als die aktuell einzige und damit zweckmäßigste politische Form für Inhalte, die für sich genommen keine demokratisch-parlamentarische Verfassungsbindung besitzen mussten.

Umso mehr gilt dies für die Vertretung ökonomischer Interessen in der Weimarer Republik. Am Beispiel des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unterstreicht *Wolfram Pyta*, in wie hohem Maße vernunftrepublikanische Erwägungen phasenweise die politische Einstellung und Tätigkeiten der Wirtschaftsverbände prägten. Anders freilich als die liberalen und katholischen Milieus orientierten sich die Verbände dabei an einem grundsätzlich pluralistischen Gesellschaftsmodell, innerhalb dessen die eigenen partikularen Interessen zur Geltung gebracht werden sollten. Entscheidend für die politische Nähe oder Ferne zum jeweiligen politischen System war für die Unternehmer daher die Frage, wie effizient sich ökonomische Prioritäten und die Maximen ökonomischer „Vernunft“ in politisches Handeln übersetzen und sich damit die gewünschte „Ökonomisierung der Politik“⁵³ erzielen ließ. Die allmähliche Verschiebung der politischen Loyalitäten der Wirtschaftsverbände weg von der parlamentarisch fundierten Großen Koalition hin zu Brüning und in Teilen schließlich auch zu Papen und Hitler erscheint somit weniger als Ausfluss substantieller verfassungspolitischer Überzeugungen denn als Reflex einer höheren oder geringeren Fungibilität der Weimarer Republik für die ökonomische Interessenvertretung.

Diese Betonung des funktionalistischen Charakters vernunftrepublikanischer Haltungen gewinnt noch einmal an Überzeugungskraft, wenn man an die von links kommenden Protagonisten denkt. Auch wenn sie bereit und in der Lage waren, Erfahrungswissen zu verarbeiten und sich von utopischen Zukunftsmodellen zu lösen, so blieben sie doch zumeist von sozialistischen Erwartungshaltungen geleitet, die über den Alltag der Weimarer Republik weit hinausreichten. Bis tief in die Sozialdemokratie verbreitete sich nach der Revolution von 1918/19 eine häufig durch Enttäuschung gespeiste Auffassung, welche die Weimarer Republik als „unvollkommenes Übergangsprodukt“ betrachtete, „das eines Tages in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überwunden werden würde“.⁵⁴ Auch im sozialdemokratischen

52 So formulierte es Joseph Joos im Jahre 1922. Siehe den Beitrag von ELKE SEEFRIED, unten S. 78.

53 Siehe den Beitrag von WOLFRAM PYTA, unten S. 91.

54 So RÜDIGER GRAF in seinem Beitrag, unten S. 154f.

Lager konnte die Republik letztlich nur so lange das politische Mittel der Wahl sein, wie die Kluft zwischen zukunftsorientierter Erwartungshaltung und republikanischer Realpolitik nicht zu tief wurde.

VI. Fazit

Ein Großteil der hier versammelten Beiträge weist auf einen solchen Funktionalismus der als vernunftrepublikanisch zu klassifizierenden politischen Kräfte hin. Und vielleicht war es gerade dieser ihm innewohnende Funktionalismus, der den Vernunftrepublikanismus von innen heraus schwach und letztlich blutleer machte. Sollte er sich aber als tragfähiges Interpretament erweisen, so hätte dies in mehrfacher Hinsicht Folgen für die Begriffsbildung und darüber hinaus auch für unser Bild von der Weimarer Republik.

Erstens käme es bei der Rede über den Vernunftrepublikanismus nicht primär darauf an, wer politisch was zu welchem Zeitpunkt dachte und welche Motive im Vordergrund standen. Dementsprechend würden auch binäre Interpretationsmodelle in die Irre führen, die sich auf das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern der Republik konzentrieren. Entscheidend für das Verständnis des Vernunftrepublikanismus bzw. seine Etablierung als historische Kategorie wäre demgegenüber die Frage, welche und wie viele politische Kräfte die Weimarer Republik als fungibel im Sinne ihrer Interessen und Wertvorstellungen betrachteten. Stabilität und Instabilität der Republik stellten sich dann nicht als Variablen der demokratischen oder antidemokratischen Überzeugungen der Zeitgenossen dar. Vielmehr ergäben sie sich als Resultante des Maßes der Zufriedenheit mit ihrer Leistungsfähigkeit und Funktionalität. Die adäquate Frage lautete also nicht: War die Weimarer Republik eine Republik ohne Republikaner, sondern vielmehr: An welchem Punkt und aus welchen Gründen schien es für eine Mehrzahl der politischen Milieus und Interessengruppen nicht mehr zweckmäßig und nicht mehr *vernünftig* zu sein, sich am „schwierigen Spiel“⁵⁵ des Weimarer Parlamentarismus zu beteiligen?

Zweitens erweitert eine solche Problemformulierung den Blick auf die Gründe für die vieldiagnostizierte Schwäche der Vernunftrepublikaner. Denn ob diese zahlenmäßig tatsächlich in einer aussichtslosen Minderheitenposition verharrten, wie meist angenommen wird, ist zumindest dann fraglich, wenn man den Begriff im hier vorgeschlagenen Sinne weitert. Ihre Schwäche und letztlich mangelnde Durchschlagskraft ergab sich eher aus der Tatsache, dass sie sich zu früh und meist aus Enttäuschung von der Weimarer Verfassungswirklichkeit abwandten. Spätestens ab 1930 ging das Potential derer allzu stark zurück, die der Republik eine zumindest noch hinlängliche Funktionalität

55 Th. RAITHEL, Das schwierige Spiel(wie Anm. 1).

zubilligten und sie daher als die zweckmäßigste aller Möglichkeiten erachteten. Dieser Rückzug bedeutete freilich zugleich einen Rückzug aus dem republikanischen System der Vernunft. Wer ihn antrat, verließ mithin einen Diskursraum, der Gemeinsamkeiten auch mit jenen erkennen ließ, die einem anderen politischen Lager entstammten oder sich in einem weiter entfernten sozio-kulturellen Milieu aufhielten. Was man aus einer späteren Perspektive die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ nennen würde, konnte sich also in der Weimarer Republik nicht oder nicht lange genug entwickeln.

Drittens hätte eine solche Gemeinsamkeit aber wohl ein Gesellschaftsbild vorausgesetzt, das die Pluralität der Interessen als legitime und notwendige Lebensäußerung moderner Demokratien akzeptierte. Ein solches Bild war indessen in Weimar nicht nur nicht konsensfähig, sondern wurde von ganz unterschiedlicher Seite vehement abgelehnt. Dieser Befund ist bekannt und wird durch mehrere Beiträge dieses Bandes erneut bestätigt. Die konservative Variante des entsprechenden Denkens mündete in die ideologische Konstruktion einer über den Parteien thronenden, gleichsam „unpolitischen Politik“.⁵⁶ Die liberale Variante dieses Denkens hatte Friedrich Naumann der Weimarer Republik vererbt; sie wurde von einer ganzen Generation von bürgerlichen Vernunftrepublikanern weitergetragen, die zugleich fortfuhren, auf die Versöhnung der sozialen Klassen und Schichten im Gehäuse eines nationalen Machtstaates zu hoffen. In vergleichbarer Weise verband die katholische Variante dieses Denkens „vernünftige“ Pragmatik mit einem überzogenen Leitbild von gesellschaftlicher Geschlossenheit, das einer modernen Industriegesellschaft nicht adäquat war.⁵⁷ Die marxistisch-sozialistische Variante schließlich analysierte Verfassung und Politik zwar von den materiellen Gegebenheiten der Gesellschaft her, hing aber allzu oft einem letztlich unfruchtbaren Klassenkampfschema an und drohte damit den für eine moderne Demokratie erforderlichen lebendigen Pluralismus zu verfehlen.

Wenn aber Pluralismus nicht akzeptiert werden kann, dann verstellen die historisch unvermeidlichen Gegensätze den Blick auf die Gemeinsamkeiten. Eben dies war die Situation vieler Vernunftrepublikaner in der Weimarer Republik. Im Grunde verharteten zu viele von ihnen in einem, zugespitzt formuliert, vormodernen Verständnis von Staat, Gesellschaft und Politik. Dies trug entscheidend dazu bei, dass sie sich, zumal wenn sie unterschiedlichen sozio-kulturellen Milieus angehörten, so schwer taten, sich gegenseitig zu erkennen, miteinander zu kommunizieren und gemeinsame demokratische Nenner zu finden. Zu unterschiedlich waren ihre Bilder von der Gesellschaft, in der sie lebten.

56 RAIMUND VON DEM BUSSCHE: Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998.

57 Siehe die Beiträge von THOMAS HERTFELDER und ELKE SEEFRIED, unten S. 40f., 45, 78f.